

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Versammlungsbeiträge kosten pro Seite 75 Pf. — Preis- und Gehaltsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Pansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Rümlich in Bonn, Blumhanser Straße 53—54, Telefon-Nr. 28 u. 89, Telegr.-Adr.: Arbeiterbund Bonn.

An die Mitglieder des Ruhrreviers!

Kameraden! Wieder einmal sind unlautere Elemente am Werke, um euch zur Arbeitsniederlegung oder vorzeitigen Entfernung von der Arbeitsstelle zu veranlassen. Fanatische Anhänger des Bolschewismus und der Kommunisten glauben, euch dazu benutzen zu können, die jetzige Regierung zu stürzen, nicht danach fragend, wenn als Folge dieser Bestrebungen Not und Elend über euch und eure Familien hereinbrechen würde.

Eure Delegierten, die von eurem Vertrauen getragen, haben auf den Tagungen der Bergarbeiterverbände auch dieses erkannt und mit gewaltiger Mehrheit ihre Entscheidung dahingehend getroffen, daß ein Bergarbeiterstreik, eine Arbeitszeitverkürzung ohne die notwendigen technischen Voraussetzungen, das ganze Volk und damit auch euch dem Elend preisgibt, den Zusammenbruch des Staatsgebäudes herbeiführt. Not und entschliches Elend würden die Folgen sein.

Seid deshalb in den nächsten Tagen auf der Hut! Laßt euch nicht von unverantwortlichen Menschen hinreißen, ihren Worten Folge zu leisten. Sagt ihnen offen, was ihr von ihnen haltet, denn das Recht und die Vernunft sind auf eurer Seite. Es sind die Schrittmacher der Reaktion von rechts und links.

Die Sechsstundenschicht kann nur, wenn die nötigen technischen Einrichtungen dazu getroffen sind und sie international zur Einführung gelangt, Bestand haben. Gewalttätige Einführung der Sechsstundenschicht bedeutet die Gefahr einer zwangsweisen verlängerten Arbeitszeit im Bergbau.

Streiks und Arbeitsniederlegung während der Tarifverhandlungen heißt die bedeutenden Lohnerhöhungen ablehnen, die schon vereinbart sind. Eine Verschlechterung eurer Lage würde dadurch eintreten.

Spartakisten und allen Arbeiterfeinden würdet ihr dadurch den Rücken stärken und deren Macht, die schon oft unheilvoll war, noch vermehren.

Denkt an eure Arbeitsbrüder in den anderen Industrien! Ohne Kohlen kein Gas, keine elektrische Kraft, keine Arbeit auf Werken und Gütern. Die Eisenbahn würde stillstehen und jegliche Zufuhr ausbleiben.

So wollen es die, welche euch wieder aufzuputtschen versuchen! Fanatischer Haß gegen die bestehende Regierung leitet sie, und Haß macht blind. Jetzt ein Bergarbeiterstreik, und die Mauern des demokratischen Staatsgebäudes wanken. Sie stürzen ein und unter ihren Trümmern würden all die Errungenschaften der letzten Jahre begraben.

Denkt daran, Kameraden, daß wir Bergarbeiter nicht allein in Deutschland Brot und Arbeit brauchen. Laßt es nicht dazu kommen, daß aus Deutschland ein zweites Oesterreich wird.

Denkt an das sterbende Wien! Gedenket eurer Familien! Die Beschlüsse der Generalversammlungen und Konferenzen der Bergarbeiterverbände müssen für die organisierten Bergarbeiter Wegweiser sein.

Keine gewaltsame Einführung der Sechsstundenschicht, keine Streiks in jetziger Zeit!

Wer die Parole der Organisation befolgt, wird gut fahren; wer dagegen handelt, ist ein disziplinloser Gewerkschaftler und verläßt sich auf der Volksgemeinschaft.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, In keiner Not uns trennen und Gefahr!

**Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerksverein christlicher Bergarbeiter.
Polnische Berufsvereingung (Abt. Bergarb.).
Gewerksverein der Bergarbeiter Hirsch-Dunder.**

Generalversammlung unseres Verbandes.

Die außerordentliche Generalversammlung unseres Verbandes hat, wie wir schon in Nr. 5 der „Bergarb.-Ztg.“ eingehend berichteten, vom 24. bis 26. Januar in Bochum in der „Tonhalle“ getagt. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe vom Verbandsvorsitzenden Friedrich Susemann. Anwesend waren 146 Delegierte sowie 70 Vorstands-, Redaktions- und Kontrollratsmitglieder. Neben die „Allgemeine Lage und die Regelung der Schichtzeit im Bergbau“ sprach als Referent Otto Sine, als Korreferent Jul. Rosemann.

Otto Sine führte u. a. aus: Schon vor dem Kriege haben die Bergarbeiterorganisationen die Forderung der Sechsstundenschicht vorangetrieben. Diese Forderung wurde durch die Revolution allgemein der Achtstundenschicht eingeweiht wurde, konnten auch die Bergarbeiter nicht zurückweichen. Jetzt wurden aber gerade diejenigen mit der lautesten Rufe nach der Sechsstundenschicht, die bis dahin nichts getan hatten, um nur die Achtstundenschicht durchzusetzen. Grundfalsch wollen wir die Sechsstundenschicht, darin sind wir alle einig. Die Bedingungen gehen nur darüber auseinander, ob jetzt die technischen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen zu ihrer Einführung gegeben sind oder nicht. Jedenfalls können wir uns aber von früheren Verträgen und Unorganisierten unter Vorbehalt nicht befreien lassen. Diese werden, falls der Wind umschlägt, sofort wieder im Lager unserer Gegner sein, denen sie auch jetzt durch ihren Schwindelaktivismus nur in die Hände arbeiten. Vor der Revolution schwankte die Schichtzeit im deutschen Bergbau nach der amtlichen Statistik zwischen 8 1/2 und 12 Stunden. Nur vor Betriebsstillen mit einer Temperatur von über 24 Grad Celsius betrug die Schichtzeit 6 Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt. Jetzt schwanke die Schichtzeit zwischen 7 und 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt. Das ist doch ein großer Fortschritt. Entschieden für unsere Stellungnahme zur weiteren Schichtverlängerung muß die Debatte entschieden sein. Unsere Vorkonferenz der Generalversammlung hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Sechsstundenschicht durch internationale Regelung eingeführt werden soll. Dem hat sich auch die U. S. P. im deutschen Landtag einstimmig angeschlossen. Auch die Konferenz der Vertreter der Betriebsräte hat sich am 27. Dezember gegen die gewaltsame Einführung der Sechsstundenschicht als 1. Februar durch einen Streik ausgesprochen. Die internationale Bergarbeiterkonferenz wird nun endlich im Februar zusammentreten und sich auch mit der Sechsstundenschicht beschäftigen. Ein wahres Unglück für die Bergarbeiter ist die politische Ausnutzung der Sechsstundenschicht gegen die Regierung. Durch die wilde unverantwortliche Agitation wird den Bergarbeiterorganisationen ein planmäßiges, ruhiges Vorgehen erschwert. Die Hamburger Wilmshede hat die Bergarbeiter nur geschädigt. Augenscheinlich ist die Hauptfrage nicht, ob sich die Sechsstundenschicht evtl. mit Gewalt erzwingen, sondern ob sie sich technisch-wirtschaftlich halten läßt. Es ist auch keine Frage des Ruhrgebietes, sondern des deutschen Bergbaues und darüber hinaus des deutschen Volkes. Trotz Enttäuschung und Unterwerfung tun die Bergarbeiter ihre Pflicht, so daß die Förderleistung pro Stunde wieder beinahe dem Friedensstand gleichsteht. Angehals des höchsten Ertragsstandes, der heruntergewirtschafteten Anlagen und Betriebsbedingungen, des Wohnungsmangels usw. kann aber die Förderleistung durch Einführung der Sechsstundenschicht nicht gehoben werden. Jedenfalls nicht dabei mit einem starken Förderausfall zu rechnen, den wir jetzt nicht ertragen können. In vielen Bezirken sieht es jetzt schon furchtbar aus. Das werden die Kameraden aus dem Ruhr- und Erzgebirge umgeändert schildern. Ganze Städte von Aachen gehen mit als Kontrollleur der Kohlenwirtschaft in die Luft zu, in denen die Kohlenwerke und ihre Folgen in den benachbarten Orten geschildert werden. Nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter der Minen werden in erster Linie davon betroffen. Die Bergarbeiterorganisationen haben die Heberischen stets begehrt, wenn sie nicht der Erhöhung des kapitalistischen Gewinns, sondern der Verbesserung von Not und der Rettung von Menschenleben dienen. Wenn das es aber nicht genügt, Menschenleben zu retten, als gerade jetzt? Man muß unbedingt Rücksicht auf das Volksganze nehmen. Das haben die Bergarbeiter bisher schon getan. Es darf nicht verkannt werden, daß die Bergarbeiter durch den Krieg besonders gelitten haben. Krankheit und Sterblichkeit sind außerordentlich groß. Wenn die Bergarbeiter trotzdem auch weiterhin ihre Pflicht erfüllen, dann muß ihnen auch in der Lohn- und Urlaubfrage bezüglich der Ernährung usw. das weiteste Entgegenkommen gezeigt werden. Mit Lohnerhöhungen ist allein nicht geholfen, wenn die Preise wie bisher steigen. Der Stand unserer Aufgabe wird immer schlechter und kann nur gehoben werden durch Ausfuhr deutscher Waren, Holz, Industrieprodukte usw. Bei alledem ist aber eine ausreichende Kohlenförderung die Voraussetzung. Wir bewegen uns jetzt in einem verrückten Streik, aus dem wir herauskommen müssen. Jede Lohnerhöhung ist Preissteigerungen aus, die wieder durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden müssen. Das ist eine Schraube ohne Ende. Eine Besserung kann nur erfolgen durch Arbeit, sonst sind wir rettungslos verloren. Es ist falsch, auf einen Erdbeber zu hoffen, ganz gleich, ob derselbe Weltrevolution, Räuberei oder Sozialisierung genannt wird. Auch die Weltrevolution würde den Mangel nicht beheben, sondern unser Elend noch vergrößern. Wir müssen mit Tatkraft rechnen. Die Betriebe sind heruntergewirtschaftet, die Arbeiter entkräftet, die Wohnungsnote zieht der Vermehrung der Arbeiterzahl Grenzen. Aber eine Vermehrung der Arbeiterzahl allein kann nicht viel helfen, wenn damit nicht auch der technische Ausbau und die Erweiterung der heruntergewirtschafteten Betriebe Hand in Hand geht. Es genügt nicht, daß Arbeiter da sind, sie müssen auch beschäftigt werden können. Deutschland hat die kürzeste Bergarbeiter-Schicht. Wenn die Entente bei weiterer Schichtverkürzung vielleicht zur Erzwingung einer höheren Kohlenförderung auch nicht, wie bestrachtet wird, das Ruhrgebiet besetzen wird, so kann sie doch die Hungerkatastrophe erneut verhindern. Das bei konnte sich niemand leisten, wir würden alle zugrunde gehen. Wir müssen bei unserer Entscheidung die ganzen Volksinteressen berücksichtigen. Im anderen Falle kann die Verbandsleitung die Verantwortung nicht mehr tragen, sondern muß sie denen überlassen, welche sich über alles hinwegsetzen wollen. Wir müssen die millionenfachen Notrufe unserer Massen und Volksgenossen hören und wahre Solidarität und Menschlichkeit über nach dem Geheiß: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“ (Goethe, „Allerlei Briefe“.)

Korreferent Rosemann führte u. a. aus: Die Bergarbeiter tragen keine Schuld daran, daß die Kohlenförderung nicht größer ist. Schuld ist der unglückliche Krieg mit seinen Begleiterscheinungen und Folgen. Die Notrufe über Kohlenmangel haben teilweise die Wirkung, daß Arbeiter gegen Arbeiter ausgespielt werden. Das ist bedauerlich. Die Bergarbeiter können nicht mehr leisten. Die Lungenentzündung greift unter den Bergarbeitern besonders stark. Bei der Beschäftigung durch die Schichtkommission sind einzelne der wissenschaftlichen Mitglieder zusammengebracht, als sie von uns einmal in andere als in die guten Stunden geführt wurden. Das geschah bei einer kurzen Befragung von vier Stunden. Wie wäre es erst gekommen, wenn diese Mitglieder Bergarbeitern verrichten müßten? Auch die Statistik zeigt, wie geschädigt, schädlich und gefährlich die Bergarbeit ist. In der Presse wurde behauptet, das Leistungsergebnis sei gesunken, weil die Arbeiter abgesehen sei. Dabei beachtet die Alfordarbeit nach wie vor. Aber hier ist offenbar der Mangel der Uebung, die Bergarbeiter zu beschäftigen. Wir sind heute bekannt, wo Arbeiter, welche sich zur Bergarbeit gemeldet haben, nicht angelegt wurden. Andere Arbeiter haben schon nach einem Schicht dem Bergbau den Rücken gekehrt, weil er ihnen zu schwer war.

Bergarbeiter des Ruhrbezirks!

Kameraden! Zum zweiten Male wende ich mich in einer öffentlichen Kundgebung an euch. Als euch im vergangenen Jahre verantwortliche Elemente vorreden wollten, daß durch einen Streik neben anderen Forderungen auch der Sechsstundentag zu erzwingen sei, da habe ich euch im Namen der Reichsregierung erklärt, daß das durch den Krieg verarmte und zerrüttete Deutschland euch nicht geben könne, was ein wiedererrichtetes, zur wirtschaftlichen Gesundung geführtes Deutschland euch später zugesprochen in der Lage sei. Heute ist diese Gesundung noch nicht eingetreten, heute haben wir im Gegenteil auf wirtschaftlichem Gebiet mit erheblich größeren Schwierigkeiten zu rechnen, wie im vergangenen Jahre. Die harten Bedingungen des Friedensvertrages legen uns die Verpflichtung auf, einen großen Teil der Ruhrkohle den Völkern der Entente auszuliefern. Die aus den früheren Millionenheeren entlassenen Volksgenossen, die aus der Gefangenschaft heimgekehrten Brüder wollen einen Erwerb, den sie in der Industrie, im Handel und Verkehr und in der Landwirtschaft finden. Sollen sie nicht vergeblich an die Türen der gewerblichen Unternehmungen klopfen, dann muß Kohle diese Unternehmungen in Gang setzen. Wie aber steht es damit aus?

Es vergeht kein Tag, an dem nicht von Betriebsbeschränkungen oder von gänzlichen Stilllegungen berichtet wird. Schmelzwerke und Glashütten, Maschinenfabriken und Webereien, Raffinerien und Sägewerke müssen schließen oder schließen, weil ihnen die Kohle fehlt. Der heimische Boden verliert am Ertrag, weil die der Landwirtschaft unentbehrlichen Kalksalze infolge des Kohlenmangels nicht im erforderlichen Umfang gefördert werden können. Und das in einer Zeit, wo alles nach Verbilligung der Lebensmittel drängt! Kraft- und Lichtwerke sind in der Stromerzeugung behindert, weil ihnen die Kohle fehlt. Wasserwerke und Dampfabriken sind bedroht, weil auch sie nicht immer beliefert werden können. Wohin wir auch blicken — überall grinst uns die verzerrte Fratze der Not entgegen.

Und ausgerechnet diesen Zeitpunkt halten dieselben unverantwortlichen Heber, die im vergangenen Jahre den Bergbau zu erschüttern versuchten, für geeignet, den Sechsstundentag durchzuführen. Sie drängen sich auch an euch mit gleichnerischen Redensarten heran, sprechen von der Notwendigkeit, die Lage des Bergmanns zu verbessern, versichern euch, daß der Ausfall der Produktion weit gemindert werden könne durch die Vermehrung der Belegschaft. Dabei müssen diese Leute sehr genau, daß von einer Vermehrung der Belegschaft in dem notwendigen Umfang erst die Rede sein kann, wenn für 150 000 Bergarbeiterfamilien Wohnungen bereit stehen und daß zur Erfüllung dieser Wohnungen wieder in erster Linie Kohlen erforderlich sind. Die Lebenshaltung des Bergarbeiters, um die sich die Ruhestörer so besorgt zeigen, kann heute nicht gebessert werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern nur dadurch, daß das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, Werke zu schaffen, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe einzutauschen.

Eure Gewerkschaften, die mit großer Beharrlichkeit und großem Geschick bemüht sind, eure Arbeitsbedingungen zu verbessern und die erst jetzt wieder durch die euch zugestandenen Lohnerhöhungen bewiesen haben, daß sie sich in der wahren Interessenvertretung der Bergarbeiter von niemandem übertreffen lassen, haben in eindringlichen Kundgebungen erklärt, daß von einer Verkürzung der Schichtzeit im deutschen Bergbau vor einer internationalen Regelung der Frage nicht die Rede sein kann. Nach dieser Entscheidung, von hohem Verantwortlichkeitsgefühl zeugenden Stellungnahme der Gewerkschaften ist die Aufgabe der Regierung zur Aufrechterhaltung der Produktion im Bergbau klar vorgezeichnet. Sie wird mit unnahezu sicherer Strenge gegen alle vorgehen, die trotz der Not unseres Volkes diese Produktion zu unterbinden drohen. In euch, Kameraden, richte ich die Bitte und Mahnung: haltet euch fern von jedem Versuch, die Einführung des Sechsstundentages zu erzwingen!

Ein Streik ist von vornherein aussichtslos. Mit den Teilnehmern an einem wilden Streik wird nicht einmal verhandelt. Alle Streikenden werden als verlassen betrachtet. Die nach längerer Beschäftigungsdauer erworbenen Rechte, z. B. bei Gewährung von Ferien, gehen verloren. Ein Streik bedeutet darum nichts anderes, als Not und Elend in den Familien seiner Teilnehmer.

Das Mittel der passiven Resistenz wird mit der Aussperrung beantwortet. Wer in dieser schweren Zeit, die wir nur durch fleißige Arbeit überwinden können, feiern will, soll es nicht an der Arbeitsstätte tun. Zur Arbeit werden nur die Kameraden zugelassen, die arbeiten wollen.

Eine erzwungene Ausfahrt nach sechsständiger Schichtzeit, die sogenannte „direkte Aktion“, hat für die Anfänger sofortige Verhaftung und schwere Strafen zur Folge. Eine Ausfahrt wird in einem solchen Falle erst wieder zugelassen, wenn die Belegschaft sich zur Leistung der siebenständigen Schicht bereit erklärt. Auf den Schutz der Regierung vor Maßregelungen hätten die Urheber einer wilden Streikbewegung nicht mehr zu rechnen, im Gegenteil, die Organe der Regierung behalten sich gegen diese Störenfriede unseres Wirtschaftslebens die schärfsten Maßnahmen vor.

Kameraden! Ich habe es für meine Pflicht gehalten, euch vorher zu sagen, was kommen muß, wenn noch einmal der Unverstand und die Zerstörungswut einiger weniger auf Augenblicke Besonnenheit und Vernunft der ruhigen Belegschaften zurückdrängen würde. Ich will euch in meiner heutigen Anstellung nichts sein als euer Freund und Kamerad. Und als euer Kamerad drohe ich nicht — ich mahne und warne. Seid tapfer! Behauptet euch gegen den Feind, den wir am meisten hassen, gegen Unterstand und Verhöhnung. Der Bergmann kann der Retter unseres Landes werden. Er wird es, wenn es ihm gelingt, diese Feinde zu besiegen.

W. G. Sebring, Regierungskommissar

enthalten. Werden diese 30 T. Steine nun nicht alle aus den Kohlen verarbeiteten, dann ist das Halbenplus fertig, das Verbandsgehalt wird dann eben höher als 570 Lo. sein.

Ein halbes Plus zu erzielen, gehört mit zu den Ausgaben der Schichtmeister. Ein Schichtmeister, der kein halbes Plus erzielen kann, kann man eben nicht gebrauchen. Wir sind aber Fälle bekannt, wo die Schichtmeister wegen Mangel an Kohlen das Halbenplus hoch befristet worden sind. Die Schichtmeister haben also ein wohl begründetes Interesse daran, für ein halbes Plus zu sorgen.

In meinen langjährigen Bergmannlichen Tätigkeiten habe ich die Kumpels schon oft fragen hören: „Ich habe mehr Wagen gefahren als auf der Kohlentafel angeschrieben sind.“ Ob diese nicht angeschriebenen Kohlen nicht auch zur Verbesserung des Halbenplus verwendet werden sind?

Wenn aber ein Halbenplus nur erzielt werden kann, wenn Waggelberge mit dem Verkauf kommen oder wenn die Kumpels nicht alle geförderten Kohlen angeschrieben werden, dann wird es höchste Zeit, daß die Einrichtung verschoben wird. Wie aber soll noch ein Plus herausgeholt werden, wenn, wie auf Konstantin III bei einer verhältnismäßig kleinen Förderung, der Förderung in einem Jahre 1951 Wagen Kohlen hinzugeschrieben werden; Kohlen, die also gar nicht gefördert worden sind, nachweisbar ist dieses Aufschreiben bis in die neueste Zeit geübt worden und woher nicht allein auf Konstantin III. Da bleibt nur die Möglichkeit: Waggelberge anfast Kohlen.

Die Betriebsräte wollen also darauf achten, daß weder vom Lafel-führer selbst, noch von anderen Personen schon auf der Kohlentafel Kohlen hinzugeschrieben werden und daß Kohlentafel und Förderjournal übereinstimmen. Ebenso wollen sie darauf achten, daß die zum Selbstverbrauch benötigten Kohlen auch dementsprechend gebucht werden.

Holzhausbau und Bergarbeiterwohnungen.

Die „Reinisch-Weinische Zeitung“ brachte unter obiger Spitzmarke in ihrer Ausgabe vom 23. 12. 19 einen Artikel aus den Kreisen der Holzindustrie, in welchem die Errichtung von Holzhäusern als Bergmannswohnungen vorgeschlagen wurde. In dem Artikel wird gesagt, daß die Holzindustrie damit gerechnet hat, für den Wiederaufbau in Frankreich 60.000 Holzhäuser zu liefern und in Erwartung des richtigen Auftrages gewaltige Holzabfälle in den eben nur erreichbaren Mengen und Preisen tätige. Diesen Auftrag hat die Holzindustrie aber nicht erhalten. Die Spekulation ist fehlgeschlagen, und so versucht man nun alles Mögliche, die für die Errichtung von Bergmannswohnungen in Frage kommenden Preise für die Abnahme dieser Holzhäuser zu gewinnen und die Sache durch Anführung verschiedener Vorzüge günstig darzustellen.

Diese Darstellung ist irreführend. Richtig ist, daß sich Holzhäuser schneller als Massivbauten herstellen lassen. Demgegenüber stehen aber zu viele Nachteile, daß vor der Verwendung von Holzhäusern nicht dringend genug gewarnt werden kann. Nach dem angeführten Zeitungsartikel waren die Holzhäuser seinerzeit durchschmittlich mit 220 qm pro Quadratmeter Grundfläche berechnet worden; heute, nach mehreren Monaten, läßt sich jedoch keine Firma mehr zu diesem Preise liefern, immerhin würde sich der Holzhausbau ganz erheblich billiger stellen, als wie jeder andere Sparbau.

Nicht nur in Betracht, daß zu dem Preise von 220 Mark pro Quadratmeter nur der Holzhaus geliefert wird, daß also die Kosten für Ausstattung, Fundamente, evtl. Keller, Stütz- und Dämmgruben, Inflation, Innenausstattung usw. hinzukommen, daß ferner der Holzhaus nur eine Lebensdauer von 7 bis 10 Jahren hat (also das Kapital in dieser Zeit am besten verloren geht), so kommt man zu dem Ergebnis, daß dieser Holzhaus teurer als ein Massivhaus wird.

Das heute vorhandene Holz ist nicht genügend abgelagert, die Folgen sind Risse und Fugen in den Wänden und Boden. Die Holzhäuser sind ungeeignet für die Verhältnisse. Daß die Brandgefahr bedeutend größer ist als beim Massivbau, ist selbstverständlich.

In hygienischer und kultureller Hinsicht ist der Holzhaus als Bergmannswohnung ebenfalls unbedeutend zu verwerfen. Welche höchsten Anhalt bieten die vielen alten Arbeiterkolonien in ihrer Einordnung und Gesundheitspflege? Es sind wohl Unterkunftsstätten, aber keine Siedlungen. Man sollte doch endlich einsehen, daß sich auch ein Arbeiter in einem gemächlichen Heim wohler und zufriedener fühlt als in einem elenden Wohnhaus. Weizen ihm diese Holzbauten etwas besseres? Nein! Diese in Massenfabrikation hergestellten Holzbauten sind natürlich nicht zu vergleichen mit den in ihrer Eigenart schonen Schwarzwaldböden oder nordlichen Holzhäusern in wolbrecher Gebirgslandschaft.

Für das Industriegebiet kann nur Massivbau in Frage kommen, aus gutem Material einfach und geschmackvoll aufgeführt. Jede Ersatzbaustoffe ist und bleibt Ersatz. Man nehme das Material, das an Ort und Stelle gefunden wird. Bei Bruchstein nicht vorhanden, so greife man zum Klinker- oder Ziegelbau. Unbenutzte Wäldchen gibt es im Industriegebiet überall, die hierfür notwendige Kohle muß geliefert werden. An Holz ist ja kein Mangel. Wenn es für 60.000 Holzhäuser reicht, dann reicht es auch für 100.000 Massivbauten.

Um einen Vergleichswert der Holzhäuser an das Ausland, wozu nach dem genannten Artikel bereits heute eine große Anzahl Firmen „gegründet“ sein soll, einen Vergleich vorzuschreiben, dürfte eine baldige Beschlagnahme der riesigen Holzbestände angebracht sein.

Die in den einzelnen Bergrevieren zu gründenden Siedlungsgenossenschaften müssen eine Zentralverkaufsstelle für Baumaterialien gründen, um eine gegenseitige Konkurrenz auszuüben und sich den billigen Einkauf sichern; nötigenfalls durch Herbeiführung der Beschlagnahme.

Emil Delert, Architekt.

die Sicherheitswehr und Polizei entwaffnete, im Rathaus die Fenster zerhackte, in den Bureaus die Möbel umstieß und die Utensilien zum Fenster hinauswarf. Besonders auf dem Steueramt wurden die Steuerrollen vernichtet. Mit dem im Rathaus aufgestellten Waffengehörigen zogen die Demonstranten dann zum Altmarkt, wo das Plündern begann. Am Altmarkt und in der Jägerstraße wurden familiäre Schaulustler eingeschlagen und die Geschäfte völlig ausgeplündert. Von hier ging es dann zum Städtel Markhof, wo das Plündern in noch größerem Umfang fortgesetzt wurde. In der Kaiser-Wilhelm-, ehemals Rosa-Luxemburg-Straße, ist kaum noch ein Schaufenster hell, laum eine Ladenrichtung nicht zertrümmert worden! Besonders heftig es in der Wetzlar-, vormaligen Karl-Diehnicht-Straße aus. Wo sonst Schaufenster waren, sind heute Bretterverläge, oder die eisernen Rolläden sind geschlossen. Mehr als hundert Geschäfte sind zertrümmert und ausgeplündert, über 1000 Angestellte arbeitslos und drohts. Das Geschäftleben in Hamborn ist für absehbare Zeit völlig zerbrochen, denn ehe die Fensterhebel wieder eingesetzt, die Ladenrichtungen repariert oder erneuert, die Warenbestände u. d. d. angeschafft sind, vergehen Monate. So lange wird die Hamborn Bevölkerung auswärts ihre Einkünfte machen müssen. Die beschlagnahmten Geschäfte machen die Stadt fast leer und diese ist nach einer Entschädigung des Reichsgerichts in Sachen der Firma Elek gegen die Stadt Köln verpflichtet, den vollen Schaden zu bezahlen. Dieser beläuft sich auf Millionen. Eingeweihte berechnen ihn auf 12-15 Millionen Mark, eine Summe, die die Hamborn Steuerzahler in zehn Jahren nicht aufbringen können. Dazu kommt, daß den arbeitslos gewordenen Angestellten die Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden muß, ebenso der Steueramt für den gesamten Geschäftsinhaber. Das ist das Wert der Kommunisten von einigen Stunden, dazu noch unter dem Belagerungsstand!

Am 18. Januar rüdten Truppen der Reichswehr ein, wobei es nur schwache Widerstände zu brechen, dabei aber immer noch einige Tote (5-8) gab. Die Kommunisten wurden zwar sehr über die Notizen, aber diese erwießen sich nicht nur als notwendig, sondern auch als die Stärkeren, stellten die Ruhe wieder her und nahmen die Plünderer fest. In 600 Plünderer sind bereits verhaftet und nach Wetzlar in die Festungsgefängnisse abgeführt. Die meisten davon werden schwere Strafen erhalten und wird grenzenlos Elend über die armen Familien heraufbeschworen. Am 16. Januar schon brach diese „direkte Aktion“ elend, wie alle vorherigen, zusammen! Nichts ist erreicht, als die Bekämpfung des Geschäftsbetriebs einer großen Stadt, unbeschreiblicher Schaden angerichtet und grenzenlos Elend heraufbeschworen!

Hamborn ist auch ein Versteck für die Wucherer, den Bogen nicht zu überfliegen. Durch die vielen und immer wieder angezeigten „direkten Aktionen“ hat die Heilung und Konfession die Bergarbeiter in eine so große Not hineingeführt, daß sie kaum noch die Lebensmittel kaufen konnten. Kleider oder sonstige Haushaltungsgegenstände konnten sie nicht kaufen, weil die Preise unerschwinglich hoch waren. Die Preise stiegen andauernd, obwohl ihre Löhne nach jeder „direkten Aktion“ eher sanken wie Steine. So nahmen sie dann die Gelegenheit wahr, sich das zu nehmen, was sie nicht mehr kaufen konnten und was die Gesellschaft ihnen vorenthält. Bei dem Sturm auf die Geschäftsbauten hat zweifellos der Volkszorn gegen den Wucher eine große Rolle gespielt. Nicht alle, die geplündert haben, wollten schließlich plündern, aber alle wollten dem Wucher ein Stempel aufdrücken. In diesem Volkszorn steht etwas Gotteszorn, das sollten sich alle Wucherer merken.

Die Bergarbeiter sollten aus dieser für sie mehr als fatalen „direkten Aktion“ endlich ersehen, welche falsche Wege sie wandeln. Dieser kommunistische Putschismus führt mit absoluter Sicherheit ins Elend und viele in die Gefängnisse. Die anhängenden Verleumdungen sind denn auch mit Wasser von diesem Treiben. „Man muß sich schämen, daß man Bergmann ist“, hörten wir in der ehemaligen Rosa-Luxemburg-Straße einen alten Bergmann sagen. Auch wir schämten uns, als wir durch die Glascheren in der Rosa-Luxemburg-Straße wanderten, daß Bergarbeiter, Spartakisten, ihrer Führer ein solches Denkmal der Schande hier gesetzt haben! Alle diejenigen, die durch die Glascheren gewandert sind, sind von der „Diktatur des Proletariats“ und der Führung von Heiling und Genossen geheilt. Dann noch lieber die Diktatur Noke, unter der man wenigstens seines Lebens sicher ist.

Direkte Aktion in Hamborn.

Hierzu wird uns aus Kameradenkreisen noch weiter geschrieben: Die letzte „direkte Aktion“ der Kommunisten, Syndikalisten und Spartakisten mit ihrer Begleiterzeugung, ihrem völligen Zusammenbruch und den kommenden Folgen scheint jetzt doch diesem spartakistischen Gegenstand den Boden auszufliegen und sie wird auch weit über Hamborn hinaus zur Ernüchterung, Einsicht und Abkehr vom kommunistischen Syndikalismus mahnen. Die Spuren und Folgen dieser letzten „direkten Aktion“ schreden und bejammern zugleich. Die kommunistischen Plünderer schämten sich heute ihrer Tat; keiner will es gewesen sein, keiner will zur Plünderung aufgefordert haben und keiner daran beteiligt gewesen sein; keiner will deshalb nach Wetzlar ins Festungsgefängnis abgeführt werden. Jeder versucht denn auch, soweit er noch nicht überführt ist, seinen Mund auszusprechen, ähnlich der Fadenmutter, die ihr Kind auch bei Nacht und Nebel auslegt. So wurden die geraubten Gegenstände nachts auf die Straße, freien Plätze oder Gärten ausgelegt, oder in die Hochfluten des Rheins an Schwelger Bruch geworfen, wo sie dann der besoffene Eigentümer oder die Polizei zusammenfischen können. Hier steht man auf einem freien Platz eines Kleiderstrahls, dort auf einer Wiese eine komplette Küchen-einrichtung, daneben in einem Garten einen Küchenherd, Schrank, Stühle, dort wieder auf dem Bordstein der Straße an eine Mauer geklebt einen Regulator, hier in einer Loretinofahrt einige Klubsessel, dort wieder einen Kinderwagen usw. stehen. Hier liegt im Straßengraben eine, dort wieder mehrere Rollen Stoff, auf einer anderen Stelle ein Paar, daneben mehrere Paar Schuhe, daneben wieder Puppen und sonstige Spielzeugen. In der ganzen Stadt zerstreut finden sich die geplünderten Sachen ausgelegt, ein großer Teil ist im Schwelger Bruch in die Hochfluten des Rheins geworfen worden und schwimmt an der Weidenböschung entlang, wo herausgeholt wird, was sich herausheben läßt. Andere wieder graben fleißig im Garten, eine sehr verdächtige Arbeit, so daß die Notizen sofort nachtragen, wobei sich herausstellte, daß einige Kommunisten Goldsachen im Garten - aufspalten wollten! Ein Kommunistenführer von Besse Diergardt behält nicht viel Zeit, seinen Mund an Goldsachen zu vergarben. Die Notizen holten für 20.000 M. gestohlene Goldsachen aus seiner Schatzkammer in der Jedermannage heraus und transportierten ihn nach Wetzlar.

Auf der Zeche haben die Propagandisten der „direkten Aktion“ nie mehr zu sagen! Die Scheinwelt der Großklappen sind plötzlich unsichtbar kein geworden, die Beamten dafür um so zuppiger. Schon vor der letzten „direkten Aktion“ waren die Beamten recht maulig, und wußt auf keiner Zeche wurde die Tarifbestimmungen so wenig beachtet, wie auf denjenigen Schächern, wo die syndikalistischen Kommunisten dominierten. Die Beamten erklärten ihnen: „Ihr wollt ja nichts vom Tarif wissen, für Euch gilt der Tarif nicht. Wenn Euch die Lohnfestsetzung nicht paßt, dann macht doch eine - direkte Aktion!“ Die Zechen haben sich schon darauf berufen, Beamten von Besse Reumühl erklärten den Streikenden: „Dieses Mal habt Ihr wenigstens auch mal im Interesse der Zeche gestreikt. Durch den Eisenbahnerstreik war die Zeche ohne leeres Drogens und hätten wir auf die Halbe typen oder Frierischen eingehen müssen! Was dieser Mal habt Ihr uns mit einem Streik bejamt! Einmal gestrichelten Zeitpunkt, zu streiken, hättet Ihr gar nicht wählen können! Die Zeche hat den Schaden; und Ihr? Ihr habt ja Goldsachen, Schuhe, Möbel und sogar - Puppen!“ Verpöthet und verhöhnt werden die irreführenden Kumpels, die mit niedergetragenen Händen bejamt nach ihrer Arbeit gehen.

An diesen bedauerlichen Zuständen sind auch die Mitglieder der Bergarbeitergemeinschaft angehängten Verbände nicht unschuldig. In der Verband ist noch immer die weit stärkste Organisation, aber ein Teil unserer Mitglieder - ebenso auch von den anderen Verbänden der Bergarbeitergemeinschaft - haben zwei Stellen in ihrer Brust, eine Verbandsstelle und eine Kommunistenstelle! Ein Teil zählt sogar in beiden Verbänden, also bei uns und in der Freien Vereinigung Beiträge, sind Doppelgänger, während die anderen mit einem Bein den Kommunisten angehören, mit dem anderen den Verbänden angehören. Sie schwanken, haben keinen Gott und wenn sie auch von vielen Kartisten der Kommunisten nicht helfen wollen, so können sie auch „Kumpel“ die leicht doch noch erreicht werden, wenn sie die Kommunisten unterstützen. Das ist von den Kommunisten gefordert. Beschäftigungsbeihilfe von 1000 M. nicht voll erreicht werden, darüber waren sich viele Mitglieder einig, aber so hoffen viele, es sei doch möglich, daß mehrere einige hundert Mark beizubringen würden, wenn sie unterstützen. Andere sagen, es ist verwerflich, wenn eine Organisation in einem Streik eintritt, eine andere Organisation Streikende macht. Sie erkennen somit anerkennen die Parteien der Organisationen, die Beschäftigten der Bergarbeiter als Organisation an, obwohl sie in Wirklichkeit gar keine Organisation bilden. Es gibt sogar Verbandsmitglieder, die die Bergarbeitergemeinschaft und den Bergarbeiterverband machen, doch für die Syndikalisten und die Bergarbeitergemeinschaft, die die Bergarbeitergemeinschaft als Organisation anerkennen, die die Bergarbeitergemeinschaft als Organisation anerkennen, die die Bergarbeitergemeinschaft als Organisation anerkennen.

kaltsichigen Quertreiber und Zerstückler nicht anerkennen und nicht mit den gewerkschaftlichen Wurzeln verhandeln. Dabei gibt es in Wirklichkeit gar keine syndikalistischen Organisationen, sondern ein Führerlos, unzufriedener, diffidatloser Saufen S t a n z e r. Wo ist denn die geschlossene Organisation, wo sind die Führer, die Einfluss auf diese Masse hätten? Heute sind sie in diesem, morgen in jenem Verband, heute laufen sie diesem, morgen jenem Schreier nach. Manags in der Union, Dienstags im Schächerverband, Mittwochs in der Freien Vereinigung, Donnerstags bei den Schichtführern, Freitags bei den Kommunisten und Samstag in der „direkten Aktion!“ Kein Gott, kein Schinken, keine Verantwortung, keine Disziplin! Den besten Beweis bildet Heiling, der die Zeche rief, aber nicht kommen kann. Wie hat dieser Heiling als Mitglied der deutschen Reichskommission im Bruch der Ueberzeugung gegen die Verbandskommission und Arbeitervertreter geschimpft, wie haben ihm damals die Ständer zugejubelt, und wie hat er sich gefreut, wenn ein Verbandskommissionen niedergetrieben wurde! Jede Kabouterstimmung war für ihn ein Stegestag, und heute? Heute darf er sich bei den Kommunisten nicht mehr sehen lassen! Heute schreien sie ihn als Arbeitervertreter und Kapitalisten an, nieder, morgen natürlich den Hauptstreiter von heute! Und so geht es weiter.

Die Stärke der Syndikalisten liegt nicht in ihrer Organisation, noch in der Zahl ihrer Anhänger, sondern in unserer Schwäche, Unentschlossenheit und teilweiser Feigheit. Auch für uns treffen die Worte zu: Nicht durch die Schuld der Sterne, durch eigene Schuld sind wir Schwächlinge. In dem Augenblick, wo die Mittelalter der vier der Arbeitsgemeinschaft angehängten Verbände eingeschlossene Gewerkschaften werden, in dem Augenblick, wo sie mit ihrer Zweifelhaftheit brechen, die gewerkschaftliche Disziplin wieder hochhalten und sich hinter die eine Führung stellen, in dem Augenblick ist der Syndikalismus auch in Hamborn erledigt. Ein Teil, selbst die Unionisten, haben nach der letzten „direkten Aktion“ schon die Konsequenzen gezogen und erklärt: Nun haben wir genug! Wir sind geheilt vom Syndikalismus! Und wir glauben, die übergroße Mehrheit ist tatsächlich „geheilt“. Soll noch schlimmeres beschädet werden, dann muß Schluss mit einer solchen Arbeiterführung gemacht werden. Der Boden des Gegenstands ist zertrümmert, werft den Rest in den Schwelger Bruch zu den dort schlummernden Plünderern und werdet wieder Gewerkschaftler, wie ihr es gewesen seid, und bedenk: Hamborns Gewerkschaft ist nun weit genug gestiegen.

Hannover, Braunschweig, Hefen-Lippe. Railbergleute an die Steintoblenbergleute im Ruhrrevier.

Kameraden! Während des Krieges hatten wir alle die Hoffnung, daß die immer höher steigenden Preise für die Lebensbedürfnisse nach Kriegsende rasch wieder fallen und etwa Verhältnisse, wie vor dem Krieg hatten, eintreten würden. Statt dessen erleben wir gerade das Gegenteil. Die Preise gehen immer höher und höher und haben wir heute eine Lohnherhöhung gesehen erhalten, geht morgen alles wieder reiflos auf, weil inzwischen die Preise wieder gestiegen sind. So kann es nicht weiter gehen, einmal müssen Löhne und Preise auf einer Höhe bleiben.

Wie ist dieses möglich? Die Kameraden wissen ja alle, daß wir für Nahrung und Kleidung zum großen Teil aus der Rohprodukte des Auslandes angewiesen sind. Dieses will als Gegenleistung für Brot und Kleidung nicht unser Papiergeld, sondern entweder Gold oder Waren. Da wir nun aber kein goldbergeendes Land sind, können wir nur mit Waren, z. B. mit Kohle, bezahlen. Davon würde uns das Ausland mindestens 2 Milliarden Mark abnehmen und dafür könnten wir Brot und Kleidung kaufen. Aber mindestens die Hälfte aller Rohprodukte liegt für wegen Kohlenmangel, zum Teil schon seit Jahresfrist. Uns ist dieses ewige Notstandsarbeiterleben längst zum Ueberdruß geworden. Und darum richten wir an euch, Kameraden, den der schwarzen Junst, die Bitte: schaffst Kohlen für die Kohlenindustrie, für sämtliche Industrien, damit jeder, der arbeiten will, wieder arbeiten kann.

Kameraden! Wir glauben euch, daß für eure Arbeit die sechsstündige Schicht lang genug ist. Aber jetzt ist nicht die Zeit zu solchen Forderungen! Daß eure jetzigen Leistungen die Vorkriegsleistungen erreicht haben, ist uns auch bekannt. Darum kann uns nur eine vielleicht um eine Stunde verlängerte, allerdings als Ueberbunde anzurechnende Arbeitszeit helfen. Wird diese im Kohlenbergbau reiflos durchgeführt, so können die meisten Betriebe wieder arbeiten, es können Zement und Steine gebrannt werden, um Werkstoffe für die Wohnungen herzustellen, die dazu dienen sollen, auch die sechsstündige Arbeitszeit zu ermöglichen. Auch wird euer Beschluß auf das Ausland die günstigste Wirkung haben. Unsere Dala wird steigen, wir werden alles mit der Zeit wieder zu normalen Preisen haben und hoffentlich das jetzige Elend für immer überdunden sein.

Also überlegt es euch! Ihr seid die Retter Deutschlands, nicht zum wenigsten seiner werklügigen Bevölkerung!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 5. Woche (vom 25. bis 31. Januar 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Achtung Zahlstellenverwaltungen!

Die Kessrate, Korrekturen und Schlussworte der Kameraden H u e und K o s e m a n n auf der außerordentlichen Generalversammlung sollen zum Selbstkostenpreis in Broschürenform herausgegeben werden. Damit wir eine Uebersicht über die etwaige Auflage bekommen, ersuchen wir alle Vertrauensleute und Woten, bei den Mitgliedern eine Umfrage zu veranstalten. Jede Zahlstellenverwaltung muß uns bis zum 10. Febr. die Zahl der bestellten Broschüren mitteilen.

Bücherrevionen.

Wotroy II. Vom 1. bis 15. Februar.
Erle V. Vom 1. bis 15. Februar.
Landstr.-Postmar. Vom 1. bis 15. Februar.

Bibliotheken.

Samborn. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag, nachmittags von 2 bis 3 Uhr, beim Wirt Schülze, Hauptstraße. Die Mitglieder werden ersucht, die Bibliothek fleißig zu benutzen.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Erle V. Jeden letzten Sonntag im Monat, beim Kassierer Frh Sabrowski, Leyntalstraße 10, mittags von 12 bis 2 Uhr.
Groß-Bahren. Jeden letzten Sonntag im Monat, beim Kassierer Ernst Kassebaum.
Sapfinghausen. Beim Kassierer U. Brüggenmann, Bahnhofstraße 257 unter Vorzeigung des Mitgliedsbuchs und des Krankenscheins.
Hofstraßen bei Dorsfen. Jeden dritten Sonntag im Monat, beim Kassierer, Lammstraße 6, vorm. von 10 bis 12 Uhr.
Lusfeld. Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat, von 12 bis 2 Uhr, in der Wohnung des Kassierers.
Samborn. Beim Kassierer Wilhelm Schäfer, Bismarckstraße 68, Stralade 1. Jeden Sonntag vormittags von 10 bis 12 Uhr, beim Kameraden Karl Wahl, Jobststraße 28.
Wanne. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr, in der Wohnung des Kassierers Otto Verke, Bergstraße 21.
Auszahlung von Krankenunterstützung jeden Sonntag vor dem 1. und 15. im Monat, von 10 bis 12 Uhr, in folgenden Ortschaften: Groß-Bahren-Wiese bei Franz Sampulski; Böhnen bei Arthur Seremann; Gellingshof bei Friedrich Wehlmann; Aushoff bei Wih. Lohmann; Giesleben bei Karl Licht (Familienhaus II); Thonberg bei Paul Erbe.

Zweckminderungen.

Altenbägg. Vertrauensmann: Franz Sabbe, Nordbägg 60.
Sapfinghausen. Kassierer: U. Brüggenmann, Bahnhofstr. 257.
Hofstraßen bei Dorsfen. Vertrauensmann: Paul Kassebaum, Lammstraße 6.
Lusfeld. Vertrauensmann: Heinrich Dawa, Oberstraße 12.
Kassierer: Wilhelm Dollbach, Hauptstraße 250.
Wanne. Vertrauensmann: Richard Gedhardt, Querstraße 270.
Samborn. Kassierer: Wilhelm Schäfer, Bismarckstraße 68.
Samborn. Kassierer: Franz Wahl, Jobststraße 21.

Bekanntgaben
Auf Taschen-Rechnender können nicht mehr angenommen werden. Der Kassierer...

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Versammlungszettelungen kosten pro Zelle 75 Pf. — Geb- und Geschäftsbriefe werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hartmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 33-42, Telefon-Nr. 33 u. 89, Telegr.-Adr.: Kiltwerd Bochum.

An die Mitglieder des Ruhrreviers!

Kameraden! Wieder einmal sind unlautere Elemente am Werke, um euch zur Arbeitsniederlegung oder vorzeitigen Entfernung von der Arbeitsstelle zu veranlassen. Fanatische Anhänger des Volkshaders und der Kommunisten glauben, euch dazu benutzen zu können, die jetzige Regierung zu stürzen, nicht danach fragend, wenn als Folge dieser Bestrebungen Not und Elend über euch und eure Familien hereinbrechen würde.

Eure Delegierten, die von eurem Vertrauen getragen, haben, auf den Tagungen der Bergarbeiterverbände auch dieses erkannt und mit gewaltiger Mehrheit ihre Entscheidung dahingehend getroffen, daß ein Bergarbeiterstreik, eine Arbeitszeitverkürzung ohne die notwendigen technischen Voraussetzungen, das ganze Volk und damit auch euch dem Elend preisgibt, den Zusammenbruch des Staatsgebäudes herbeiführt. Not und entsetzliches Elend würden die Folgen sein.

Seid deshalb in den nächsten Tagen auf der Hut! Laßt euch nicht von unverantwortlichen Menschen hinreißten, ihren Worten Folge zu leisten. Sagt ihnen offen, was ihr von ihnen haltet, denn das Recht und die Vernunft sind auf eurer Seite. Es sind die Schrittmacher der Reaktion von rechts und links.

Die Sechsstundenschicht kann nur, wenn die nötigen technischen Einrichtungen dazu getroffen sind und sie international zur Einführung gelangt, Bestand haben. Gewalttätige Einführung der Sechsstundenschicht bedeutet die Gefahr einer zwangsweisen verlängerten Arbeitszeit im Bergbau.

Streiks und Arbeitsniederlegung während der Tarifverhandlungen heißt die bedeutenden Lohn erhöhungen ablehnen, die schon vereinbart sind. Eine Verschlechterung eurer Lage würde dadurch eintreten.

Spartakisten und allen Arbeiterfeinden würdet ihr dadurch den Rücken stärken und deren Macht, die schon oft unheilvoll war, noch vermehren.

Denkt an eure Arbeitsbrüder in den anderen Industrien! Ohne Kohlen kein Gas, keine elektrische Kraft, keine Arbeit auf Werken und Gütern. Die Eisenbahn würde stillstehen und jegliche Zufuhr ausbleiben.

So wollen es die, welche euch wieder aufzuputtsen versuchen! Fanatischer Haß gegen die bestehende Regierung leitet sie, und Haß macht blind. Jetzt ein Bergarbeiterstreik, und die Mauern des demokratischen Staatsgebäudes wanken. Sie stürzen ein und unter ihren Trümmern würden all die Errungenschaften der letzten Jahre begraben.

Denkt daran, Kameraden, daß wir Bergarbeiter nicht allein in Deutschland Brot und Arbeit brauchen. Laßt es nicht dazu kommen, daß aus Deutschland ein zweites Oesterreich wird.

Denkt an das sterbende Wien! Gedenket eurer Familien! Die Beschlüsse der Generalversammlungen und Konferenzen der Bergarbeiterverbände müssen für die organisierten Bergarbeiter Wegweiser sein.

Keine gewalttätige Einführung der Sechsstundenschicht, keine Streiks in jetziger Zeit!

Wer die Parole der Organisation befolgt, wird gut fahren; wer dagegen handelt, ist ein disziplinloser Gewerkschaftler und verflüchtigt sich an der Volksgemeinschaft.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerksverein christlicher Bergarbeiter.
Polnische Berufsvereinsigung (Abt. Bergarb.).
Gewerksverein der Bergarbeiter Hirsch-Dunder.

Generalversammlung unseres Verbandes.

Die außerordentliche Generalversammlung unseres Verbandes hat, wie wir schon in Nr. 5 der „Bergarb.-Ztg.“ eingehend berichtet, vom 24. bis 26. Januar in Bochum in der „Lonsalle“ stattgefunden und geleitet wurde dieselbe vom Verbandsvorsitzenden Friedrich Gulsmann. Anwesend waren 146 Delegierte sowie 70 Vorstands-, Redaktions- und Kontrolleurmitgliedern. Neben der allgemeinen Lage und die Regelung der Schichtzeit im Bergbau sprach als Referent Otto Sue, als Korreferent Jul. Kossmann.

Dito Sue führte u. a. aus: Schon vor dem Kriege haben die Bergarbeiterorganisationen die Sechsstundenschicht vorhegen oder besonders schwierigen Betrieben gefordert. Als nach der Revolution allgemein der Achtstundentag eingeführt wurde, konnten auch die Bergarbeiter nicht zurückbleiben. Jetzt wurden aber gerade diejenigen mit der lauteften Ruf nach der Sechsstundenschicht, die bis dahin nichts getan hatten, um nur die Achtstundenschicht durchzuführen. Grundrückschlüsse moßen wir die Sechsstundenschicht, darin sind wir alle einig. Die Meinungen gehen nur darüber auseinander, ob jetzt die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Einführung gegeben sind oder nicht. Jedenfalls können wir uns aber von früheren Weihen und Unorganisiertens unsere Marschroute nicht vorkreuzen lassen. Diese werden, falls der Wind umschlägt, sofort wieder im Lager unserer Gegner sein, denn sie auch jetzt durch ihren Sozialabstimmungs nur in die Hände arbeiten. Vor der Revolution schwankte die Schichtzeit im deutschen Bergbau nach der amtlichen Statistik zwischen 8 1/2 und 12 Stunden. Nur vor Betriebspunkten mit einer Temperatur von über 28 Grad Celsius betrug die Schichtzeit 6 Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt. Jetzt schwankt die Schichtzeit zwischen 7 und 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt. Das ist doch ein großer Fortschritt. Entschieden für unsere Stellungnahme zur weiteren Sechsstundenschicht muß die Bedarfsbedingung sein. Unsere diesjährige Generalversammlung hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Sechsstundenschicht durch internationale Regelung eingeführt werden soll. Dem hat sich auch die U. S. V. im preussischen Landtag einstimmig angeschlossen. Auch die Konferenz der Vertreter der Betriebsräte hat sich am 27. Dezember gegen die gewalttätige Einführung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar durch einen Streik ausgesprochen. Die internationale Bergarbeiterkonferenz wird nun endlich im Februar zusammentreten und sich auch mit der Sechsstundenschicht beschäftigen. Ein wahres Unglück für die Bergarbeiter ist die politische Ausnutzung der Sechsstundenschicht gegen die Regierung. Durch die wüste unverantwortliche Agitation ist den Bergarbeiterorganisationen ein planmäßiges, ruhiges Vorgehen erschwert. Die Hamburger Mikroweide hat die Bergarbeiter nur geschädigt. Augenblicklich ist die Hauptfrage nicht, ob sich die Sechsstundenschicht erst mit Gewalt erzwingen, sondern ob sie sich technisch-wirtschaftlich halten läßt. Es ist auch keine Frage des Ruhrgebietes, sondern des deutschen Bergbaues und darüber hinaus des deutschen Volkes. Trotz Entkräftung und Unterernährung tun die Bergarbeiter ihre Pflicht, so daß die Förderleistung pro Stunde wieder beinahe dem Friedensstand gleichsteht. Angesichts des schlechten Ernährungszustandes, der heruntergewirtschafteten Anlagen und Betriebsbedingungen, des Wohnungsmangels usw. kann aber die Förderleistung durch Einführung der Sechsstundenschicht nicht gehoben werden. Jedenfalls wäre dabei mit einem starken Förderausfall zu rechnen, den wir jetzt nicht ertragen können. In vielen Bezirken steht es jetzt schon schrecklich aus. Das werden die Kameraden aus dem Ruhr- und Erzbirgauer ungeschämte schildern. Ganze Städte von Briesen gehen mir als Kontrolleur der Kohlenwirtschaft täglich zu, in denen die Kohlenwelt und ihre Folgen in den beweglichsten Worten gekündert werden. Nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter der Minen werden in erster Linie davon betroffen. Die Bergarbeiterorganisationen haben die Überlebensfrage gestellt, wenn sie nicht der Erhöhung des kapitalistischen Gewinns, sondern der Verhütung von Not und der Rettung von Menschenleben dienen. Wenn es aber mehr gegolten, Menschenleben zu retten, als gerade jetzt? Man muß unbedingt Rücksicht auf das Volksganze nehmen. Das haben die Bergarbeiter bisher schon getan. Es darf nicht verkannt werden, daß die Bergarbeiter durch den Krieg besonders gelitten haben. Krankheit und Sterblichkeit sind außerordentlich groß. Wenn die Bergarbeiter trotzdem auch weiterhin ihre Pflicht erfüllen, dann muß ihnen auch in der Lohn- und Urlaubfrage bezüglich der Ernährung usw. das weitestmögliche Entgegenkommen gezeigt werden. Mit Lohn erhöhungen ist allein nicht zu helfen, wenn die Preise wie bisher steigen. Der Stand unserer Volkswirtschaft immer schlechter und kann nur gehoben werden durch Ausfuhr deutscher Waren, Stahl, Industrieprodukte usw. Bei alledem ist aber eine ausreichende Kohlenförderung die Voraussetzung. Wir bewegen uns jetzt in einem verfluchten Preise, aus dem wir herauskommen müssen. Jede Lohn erhöhung ist Preissteigerungen aus, die wieder durch Lohn erhöhungen ausgeglichen werden müssen. Das ist eine Schraube ohne Ende. Eine Besserung kann nur erfolgen durch Arbeit, sonst sind wir rettungslos verloren. Es ist falsch, auf einen Geldlohn zu hoffen, ganz gleich, ob derselbe Weltrevolution, Mißwirtschaft oder Sozialisierung genannt wird. Auch die Weltrevolution würde den Mangel nicht beheben, sondern unser Elend noch vergrößern. Wir müssen mit Lasten rechnen. Die Betriebe sind heruntergewirtschaftet, die Arbeiter entkräftet, die Wohnungsmangel durch die Vermehrung der Arbeiterzahl Grenzen. Aber eine Vermehrung der Arbeiterzahl allein kann nicht viel helfen, wenn damit nicht auch der technische Ausbau und die Erweiterung der heruntergewirtschafteten Betriebe Hand in Hand geht. Es genügt nicht, daß Arbeiter da sind, sie müssen auch beschäftigt werden können. Deutschland hat die größte Bergarbeiterkraft. Wenn die Entente bei weiterer Sechsstundenschicht vielleicht zur Erzeugung einer höheren Kohlenförderung auch nicht die befürchtet wird, das Ruhrgebiet besetzen wird, so kann die doch die Hungerblende erneut verhängen. Dabei könnte sich niemand die Hände wuschen, wir würden alle zugrunde gehen. Wir müssen bei unserer Entscheidung die ganzen Volkswirtschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigen. Im anderen Falle kann die Verbandsleitung die Verantwortung nicht mehr tragen, sondern muß sie denen überlassen, welche sich über alles hinwegsetzen wollen. Wir müssen die millionenfachen Notrufe unserer Klassen und Volksgenossen hören und wahre Solidarität und Menschlichkeit über den noch dem Sozialismus: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“ (Goethe, alleseitiger Beifall.)

Korreferent Kossmann führte u. a. aus: Die Bergarbeiter tragen keine Schuld daran, daß die Kohlenförderung nicht größer ist. Schuld ist der unfelige Krieg mit seinen Begleiterscheinungen und Folgen. Die Notrufe über Kohlenmangel haben teilweise die Wirkung, daß Arbeiter gegen Arbeiter ausgehört werden. Das ist bedauerlich. Die Bergarbeiter können nicht mehr leisten. Die Langentwässerung großer unter den Bergarbeitern besonders hart. Bei der Befragung durch die Sechsstundenschichtskommission sind einzelne der wissenschaftlichen Mitglieder zusammengebrochen, als sie von sich einmal in andere als in die guten Stunden gefüllt wurden. Das geschah bei einer kurzen Befragung von vier Stunden. Wie wäre es erst gekommen, wenn diese Mitglieder länger erwidert hätten? Und die Statistik zeigt, wie gesunden Schicht und gefährlich die Bergarbeit ist. In der Frage wurde behauptet, das Sechsstundenschicht sei gefährlich, weil die Arbeit nicht abgeändert ist. Dabei besteht die Arbeit nicht mehr, wie vor. Aber hier ist offenbar der Mangel der Lösung, die Bergarbeiter zu beschäftigen. Wir sind heute bekannt, was Arbeiter, welche sich zur Bergarbeit gewendet haben, nicht angelegt wurden. Andere Arbeiter haben schon nach einem

Bergarbeiter des Ruhrbezirks!

Kameraden! Zum zweiten Male wende ich mich in einer öffentlichen Kundgebung an euch. Als euch im vergangenen Jahre unverantwortliche Elemente vorredeten wollten, daß durch einen Streik neben anderen Forderungen auch der Sechsstundentag zu erzwingen sei, da habe ich euch im Namen der Reichsregierung erklärt, daß das durch den Krieg verarmte und zerrüttete Deutschland euch nicht geben könne, was ein wiedererrichtetes, zur wirtschaftlichen Gesundung geführtes Deutschland euch später auszusprechen in der Lage sei. Heute ist diese Gesundung noch nicht eingetreten, heute haben wir im Gegenteil auf wirtschaftlichem Gebiet mit erheblich größeren Schwierigkeiten zu rechnen, wie im vergangenen Jahre. Die harten Bedingungen des Friedensvertrages legen uns die Verpflichtung auf, einen großen Teil der Ruhrkohle den Völkern der Entente auszuliefern. Die aus den früheren Millionenheeren entlassenen Volksgenossen, die aus der Gefangenschaft heimgekehrten Brüder wollen einen Erwerb, den sie in der Industrie, im Handel und Verkehr und in der Landwirtschaft finden. Sollen sie nicht vergeblich an die Türen der gewerblichen Unternehmungen pochen, dann muß Kohle diese Unternehmungen in Gang setzen. Wie aber sieht es damit aus?

Es vergeht kein Tag, an dem nicht von Betriebseinschränkungen oder von gänzlichen Stilllegungen berichtet wird. Hochöfenwerke und Glashütten, Maschinenfabriken und Webereien, Kalbfrennerien und Sägewerke müssen feiern oder schließen, weil ihnen die Kohle fehlt. Der heimische Boden verliert am Ertrag, weil die der Landwirtschaft unentbehrlichen Kalisalze infolge des Kohlenmangels nicht im erforderlichen Umfange gefördert werden können. Und das in einer Zeit, wo alles nach Verbilligung der Lebensmittel drängt! Kraft- und Lichtwerke sind in der Stromerzeugung behindert, weil ihnen die Kohle fehlt. Wasserwerke und Brauereien sind bedroht, weil auch sie nicht immer beliefert werden können. Wohin wir auch blicken — überall grinst uns die verzerrte Fratze der Not entgegen.

Und ausgerechnet diesen Zeitpunkt halten dieselben unverantwortlichen Heber, die im vergangenen Jahre den Bergbau zu erschüttern versuchten, für geeignet, den Sechsstundentag durchzuführen. Sie drängen sich auch an euch mit gleichartigen Redensarten heran, sprechen von der Notwendigkeit, die Lage des Bergmanns zu verbessern, versichern euch, daß der Ausfall der Produktion weit gemacht werden könne durch die Vermehrung der Belegschaft. Dabei wissen diese Leute sehr genau, daß von einer Vermehrung der Belegschaft in dem notwendigen Umfange erst die Rede sein kann, wenn für 150 000 Bergarbeiterfamilien Wohnungen bereit stehen und daß zur Erstellung dieser Wohnungen wieder in erster Linie Kohlen erforderlich sind. Die Lebenshaltung des Bergarbeiters, um die sich die Ruhestörer so besorgt zeigen, kann heute nicht verbessert werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern nur dadurch, daß das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, Werte zu schaffen, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe einzukaufen.

Eure Gewerkschaften, die mit großer Beharrlichkeit und großem Geschick bemüht sind, eure Arbeitsbedingungen zu verbessern und die erst jetzt wieder durch die euch zugelandenen Lohn erhöhungen bewiesen haben, daß sie sich in der wahren Interessenvertretung der Bergarbeiter von niemandem übertreffen lassen, haben in eindringlichen Kundgebungen erklärt, daß von einer Verkürzung der Schichtzeit im deutschen Bergbau vor einer internationalen Regelung der Frage nicht die Rede sein kann. Nach dieser entscheidenden, von hohem Verantwortlichkeitsgefühl zeugenden Stellungnahme der Gewerkschaften ist die Aufgabe der Regierung zur Aufrechterhaltung der Produktion im Bergbau klar vorgezeichnet. Sie wird mit unnahezu sicherer Stärke gegen alle vorgehen, die trotz der Not unseres Volkes diese Produktion zu unterbinden drohen. In euch, Kameraden, richte ich die Bitte und Mahnung: Salket euch fern von jedem Versuch, die Einführung der Sechsstundentages zu erzwingen!

Ein Streik ist von vornherein aussichtslos. Mit den Teilnehmern an einem solchen Streik wird nicht einmal verhandelt. Alle Streikenden werden als entlassen betrachtet. Die nach längerer Beschäftigungsdauer erworbenen Rechte, z. B. bei Gewährung von Ferien, gehen verloren. Ein Streik bedeutet darum nichts anderes, als Not und Elend in den Familien seiner Teilnehmer.

Das Mittel der passiven Resistenz wird mit der Aussperrung beantwortet. Wer in dieser schweren Zeit, die wir nur durch fleißige Arbeit überwinden können, feiern will, soll es nicht an der Arbeitsstätte tun. Zur Arbeit werden nur die Kameraden zugelassen, die arbeiten wollen.

Eine erzwungene Ausfahrt nach sechsstündiger Schichtzeit, die sogenannte „direkte Aktion“, hat für die Anführer sofortige Verhaftung und schwere Strafen zur Folge. Eine Ausfahrt wird in einem solchen Falle erst wieder zugelassen, wenn die Belegschaft sich zur Leistung der siebenstündigen Schicht bereit erklärt. Auf den Schutz der Regierung vor Maßregelung hätten die Urheber einer wilden Streikbewegung nicht mehr zu rechnen, im Gegenteil, die Organe der Regierung behalten sich gegen diese Störenfriede unseres Wirtschaftslebens die schärfsten Maßnahmen vor.

Kameraden! Ich habe es für meine Pflicht gehalten, euch vorher zu sagen, was kommen muß, wenn noch einmal der Unverstand und die Zerstückelung einiger weniger auf Augenblikke Besonnenheit und Vernunft der ruhigen Besaghaften zurückdrängen würde. Ich will euch in meiner heutigen Amtstellung nichts sein als einer Freund und Kamerad. Und als einer Kamerad drohe ich nicht — ich mahne und warne. Geld taufel! Behauptet euch gegen den Feind, den wir am tiefsten hassen, gegen Unterstand und Verleumdung. Der Bergmann kann der Retter unseres Landes werden. Er wird es, wenn es ihm gelingt, diese Feinde zu besiegen.

Gillkauf!

wie z. B. in Hamburg, vor dem Reichstage usw., durch „direkte Aktion“ die sogenannte „Diktatur des Proletariats“ zu erreichen. Der Antrag Plehns und die Genossen richtete sich daher an die falsche Adresse. Wenn er sich an die Adresse dieser gewalttätigen Minderheiten gemandt hätte, dann würde er einstimmige Annahme gefunden haben. Das würde auf der Generalversammlung auch klar zum Ausdruck gebracht.

Zu einem Telegramm der durch Ueberchwemmung geschädigten Arbeiterchaft des Rheinwieder Meviers und einer schriftlichen Schilberung des Notstandes wird die Generalversammlung geraten, sich dafür einzusetzen, daß zur Kohlenversorgung des überfluteten Gebietes Ueberflutungen beschleunigt werden sollen. Die Generalversammlung erklärt einstimmig, auf die Vergarbeiter im entsprechenden Sinne einwirken zu wollen.

Die unterzeichneten oberflächlichen Delegierten legen dann folgende Erklärung vor, die allseitig begrüßt wurde:

„Die auf der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands anwesenden Delegierten des oberflächlichen Kohlenreviers erklären namens ihrer Kameraden folgendes:

Infolge des Friedensvertrages laufen wir Gefahr, von Deutschland und von der alten Kampfgenossenschaft der Kameraden im übrigen Deutschland abgetrennt zu werden. Wie auch die Würfel des Schicksals fallen mögen, dessen dürfen unsere Kameraden sicher sein, daß wir nur mit tiefer Wehmut von ihnen scheiden, wenn wir das Schicksal nicht selbst wenden können. Unsere Herzen und unsere Gefühle sind dem Frieden und der Eintracht gewidmet.

Wir sind uns bewußt, daß die drohende Abtrennung Oberflächlichen von der deutschen Republik für die oberflächlichen Arbeiter die Gefahr in sich birgt, daß wir wertvolle Rechte aus dem Gebiete der Arbeitervertretung, des Arbeitsrechtes und des Arbeiterrechtes verlieren können, die wir im gemeinsamen Kampfe Schulter an Schulter mit den Arbeitern der deutschen Republik erkungen haben.

Wir protestieren daher gegen die Abtrennung des sibirischen Teiles Oberflächlichen durch einen Nachspruch, der dem arbeitenden Volke dieser Bezirke das Selbstbestimmungsrecht nimmt, auf das sie berechtigten Anspruch haben. Und wir geloben alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um in dem übrigen Teil Oberflächlichen, in dem die Volksabstimmung entscheiden soll, unsere Arbeitskräfte auf die drohenden materiellen, sozialpolitischen und kulturellen Gefahren aufmerksam zu machen, die durch Abtrennung Oberflächlichen von der deutschen Republik drohen.

Wir bitten in diesem Bestreben um die Unterstützung aller deutschen Kameraden und der ganzen Arbeiterklasse. Insbesondere richten wir unseren Appell an die in Oberflächlichen geborenen Arbeiter, die in anderen Gegenden Deutschlands leben, uns zu helfen und von ihrem Abstammungsrecht Gebrauch zu machen. Kameraden und Arbeitskräfte, es ist auch eure Sache, für die wir kämpfen. Geht Oberflächlichen mit seinen reichen Kohlfassungen und seiner Industrie verloren, so droht auch euch der wirtschaftliche Zusammenbruch. Tut daher eure Pflicht in eurer und eurem Interesse!

An die Vergarbeiterinternationale aber richten wir die heiße Bitte, uns ihre wertvolle Hilfe nicht zu versagen und mit uns zu kämpfen für die Revision des Friedensvertrages, die auch den oberflächlichen Untertanen Gerechtigkeit und das Recht der Selbstbestimmung bringt.

Haus Cepernitz; Ludwig Swadzba; Reinhold Wolff; Johann Pflanz; Josef Brühl; Franz Schmittala; Ludwig Ruffol; Franz Dylong; Max Wustas; Theodor Radjel; Hermann Thim; Josef Adamczyk.

Damit sind die Arbeiten der außerordentlichen Generalversammlung erledigt. Der Verbandsvorsitzende Josef Adamczyk schließt dieselbe am 26. Januar, 7 1/2 Uhr abends, mit einem Appell an das Gemeinwohlbewußtsein und Solidariätsgesühl der Verbandsmitglieder.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rückgang der Kohlenförderung in Deutschland seit 1913.

Im „Reichsanzeiger“ vom 10. Januar 1920 wird hierüber berichtet: Die ausfallende Bedeutung der Kohlenförderung und -verteilung für unser gesamtes Wirtschaftsleben ist allgemein bekannt. Unsere Kohle ist in erster Linie von der Kohlenförderung ab, denn ohne Kohle kein Licht, keine Wärme, keine Arbeit und kein Brot. Es erscheint daher angebracht, den breitesten Kreisen einmal ein genaues und klares Bild von der Kohlenlage zu geben.

Nach einer vergleichenden Uebersicht über die Kohlenförderung im Jahre 1919 und in den Vorjahren bis 1913 wird, die sich in den Mitteilungen aus dem Reichswirtschaftsministerium findet, erreicht diese im Monat Oktober ihren Höhepunkt. Die genauen Ergebnisse für November und Dezember sind noch nicht bekannt; doch liegen sie jedenfalls unter den Ergebnissen des Monats Oktober. Ueber diese und über die Gesamtförderung der Monate Januar bis Oktober im Vergleich mit den früheren Jahren gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß (in Tonnen):

Im Jahre	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Erzförderung aus	
				Steinkohlen	Braunkohlen (nach Reg.-präzisionen)
Oktober:					
1919	10 978 524	9 047 517	2 019 320	400 742	1 930 256
1918	14 090 548	8 862 571	2 963 654	450 110	1 961 827
1917	15 281 285	8 821 045	2 848 463	488 540	2 099 469
1916	13 074 922	8 061 410	2 515 743	483 231	1 997 287
1913	16 941 570	8 191 740	2 765 242	512 256	1 961 354
Januar bis Oktober:					
1919	95 591 997	77 614 908	17 927 937	3 350 935	16 478 981
1918	140 990 382	87 229 160	29 271 478	4 701 738	20 375 873
1917	139 377 293	79 061 185	27 990 642	4 475 609	18 280 559
1916	138 599 937	78 211 100	27 410 531	5 310 686	20 516 776
1913	160 615 852	72 323 966	26 861 798	4 918 594	17 955 076

Die Förderung nach hierauf auf allen Gebieten der Brennstoffwirtschaft im Laufe des Jahres 1919 eine Zunahme erfahren. Nach dem Ergebnis der letzten Monate läßt sich sagen, daß die Steinkohlenförderung jetzt wieder 65-70 Prozent der Vorkriegsförderung beträgt, während sie im ersten Halbjahr 1919 auf 55 Prozent herabgegangen war. Die Braunkohlenförderung bewegt sich etwa auf der Höhe von 1917 und liegt über der Vorkriegsförderung. Hierbei ist jedoch der große Eigenverbrauch der im Arktische entlandenen Städte, Aluminium- und Elektrizitätswerke zu berücksichtigen. Die Erzeugung an Braunkohlen dreifach näher als allmählich wieder dem früheren Stande, ohne ihn bisher ganz erreicht zu haben.

Was die Gründe für den Rückgang der Förderung betrifft, so bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau von 8 1/2 Stunden unter Tage auf 7 1/2 und später auf 7 Stunden, eine Verringerung der reinen Arbeitszeit unter Tage von über 20 Prozent. Dieser Umstand in Verbindung mit dem Mangel an Hauern erklärt zum größten Teil die fast verringerte Tagesleistung der Bergwerke. Die Leistung der Untertagearbeiter auf Kopf und Arbeitsstunde hat dagegen im Laufe des Jahres 1919 die Friedenshöhe wieder ungefähr erreicht. Die jederdenliche weitere Steigerung der Kohlenförderung ist unter diesen Umständen im großen Maßstab nur durch eine gewaltige Vermehrung der Belegschaft zu erzielen, die ihrerseits wieder einen großartigen Wohnungsbau zur Voraussetzung hat. Die Notwendigkeit von Sonderdiensten, Ueberwachungen und Nebenarbeiten ist im Bergbau verhältnismäßig gering. Die allgemeine Erschöpfung infolge des Krieges und der Ernährungverhältnisse in Verbindung mit dem Mistrauen der Bergarbeiter gegen etwaige Versuche, wieder längere Schichtdauer einzuführen, haben bisher ein regelmäßiges Verfahren von Ueberstunden und dergleichen verhindert.

Zu der dauernden Verabreichung der Förderung um ein Drittel traten für die Kohlenversorgung Deutschlands im Jahre 1919 noch folgende ungünstige Umstände hinzu: umfangreiche Streiks, besonders im Monat April an der Ruhr, die einen nicht wieder einzubringenden Ausfall an Kohlen zur Folge hatten, in Verbindung mit dem Mangel an ausreichenden Vorräten der Eisenbahnen und der sonstigen lebenswichtigen Betriebe, ferner die Infolge der Abgabe von Eisenbahnbetriebsmitteln an die Entente und ungenügender Leistung der Eisenbahnwerkstätten im ganzen Jahre außerordentlich gespannte Verkehrsverhältnisse und endlich die Inflationserregungen an die Entente selbst.

Zu technischer Beziehung muß noch viel im Bergbau nachgeholt werden, wenn die Vorkriegsleistung oder eine noch höhere Leistung mit den verkürzten Schichten erreicht werden soll. Die Ausführung der erforderlichen Ersatz- und Neuanlagen wird durch die gewaltige Steigerung der Materialpreise sowie durch den allgemeinen Rohstoffmangel erschwert und verzögert. Das Reichswirtschaftsministerium hat jedoch anerkannt, daß die Bergwerke unter allen Umständen in die Lage versetzt werden müssen, sich technisch wieder auf die Höhe zu bringen. Hiernach soll sich auch die Kohlenproduktion der nächsten Zeit richten.

Im allgemeinen hat man bei der Genehmigung der Kohlenpreiserhöhung rechtzeitig so weit nachgegeben, daß trotz der steigenden Betriebs-

kosten die notwendigen Arbeiten ausgeführt werden konnten und die Bergwerksbetriebe nicht zum Erliegen kamen. Außerdem ist die Bildung von Ausgleichsstellen in den Hauptbergwerken veranlaßt worden, um Werke mit ungenügender Förderungsverhältnissen und entsprechend hohen Befehlshosten durch die günstiger arbeitenden Werke über Wasser halten zu können. Infolge der Streiks hat sich allerdings nicht vermeiden lassen, daß zahlreiche Betriebe gewaltige Verluste erlitten haben und dadurch in ihrer Kreditfähigkeit und in ihren Möglichkeiten zur Beschaffung von Kapital für Erneuerungen und Erweiterungen mehr oder minder beeinträchtigt worden sind. Bei der Kohlenpreisbildung wurde vom Reichswirtschaftsministerium stets der Standpunkt eingenommen, daß die für Lohnerrhöhungen oder sonst für Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters aufzubringenden Beträge ohne weiteres auf den Kohlenpreis geschlagen werden dürfen. Seit dem Herbst des Jahres 1919 wurde es für notwendig erachtet, eine Neuprüfung der gesamten Selbstkosten des Bergbaues in den verschiedenen Gebieten vorzunehmen. Diese Prüfungen führten dazu, den Bergwerken als Ausgleich für die stark gestiegenen Materialkosten und für Ertrag- und Neuanlagen weitere Kohlenpreiserhöhungen zu genehmigen oder Verhandlungen darüber einzuleiten. Die Steinkohlenpreise haben sich unter diesen Umständen im Laufe des Jahres mehr als verdoppelt, gegen die Vorkriegszeit etwa verdreifacht. Auch die Braunkohlenpreise haben sich nahezu im gleichen Verhältnis erhöht.

Die Gesamtbelegschaft im deutschen Steinkohlenbergbau betrug vor dem Kriege 653 200 Mann; sie war im November 1918 auf 625 600 Mann gesunken und ist im Laufe des Jahres 1919 allmählich auf über 710 000 Mann gestiegen. Ein genaueres Bild von der Zunahme der ständigen Belegschaft geben folgende Zahlen für das Ruhrgebiet und Oberflächlichen. Dort betrug im Oktober 1918 die Belegschaft zusammen 602 000 Mann, wovon 108 700 auf Kriegsgefangene entfielen. Der bei Abrechnung der Kriegsgefangenen sich ergebende Bestand der Belegschaft von 493 300 hat sich bis Ende Oktober 1919, d. h. im Laufe eines Jahres, auf 604 700 Mann vermehrt. Im Durchschnitt des Jahres 1919 hätte die Belegschaft in den beiden Revieren nur 514 000 Mann betragen. Die Belegschaftszahlen im Braunkohlenbergbau sind teilweise erheblich höher als vor dem Kriege und auch in allen Revieren im Laufe des Jahres 1919 nennenswert gestiegen.

Die Führung der Kohlenwirtschaft ist Ende November 1919 an den auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes gebildeten Reichskohlenrat, dem Reichskohlenverband und die diesen zusammenfassenden Syndikate übergegangen. Sie ruht daher jetzt in den Händen dieser auf Selbstverwaltung gegründeten Wirtschaftsorganisationen, soweit nicht die Kohlenknappheit nach wie vor zu Sondermaßnahmen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung zwingt, die der Regelung auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes vorangehen. Wenn ein Abbau der Zwangsirtschaft des Reichskohlenkommissars möglich sein wird, kann zurzeit noch nicht übersehen werden. Es erscheint jedoch ausnahmslos, die Aufgaben der zentralen Kohlenverteilung und Kohlenverteilung unter Aufsicht des Reiches mehr und mehr in die Hände der Kohlenwirtschaftsverwaltung zu legen, in dem Maße, wie die neuen Selbstverwaltungskörper sich diesen Aufgaben gewachsen zeigen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Zur Frage der Kohlenförderung.

Der Vorstand der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands veröffentlicht folgende Entschlüsse:

Der Vorstand der Zentral-Arbeitsgemeinschaft kann angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Notlage, die insbesondere durch die Vorkriegsförderung von Kohle mit herbeigeführt ist, sich nicht für eine weitere Verkürzung der Schichtdauer von 7 auf 6 Stunden für die bergbaulichen Betriebe aussprechen. Unter voller Würdigung der im Bergbau vorhandenen, ganz besonders schwierigen Arbeitsverhältnisse kann doch nicht in durchaus einseitiger Weise Deutschland mit einer so einschneidenden Verkürzung der Arbeitszeit vorangehen.

Die durch weitere Schichtverkürzungen eintretenden Folgen für die gesamte Bevölkerung Deutschlands wären so schwerwiegender Natur, daß sie den tatsächlichen Zusammenbruch bedeuten würden. Der Ausfall an Kohlenförderung würde nach sehr vorsichtiger Schätzung über 22 Millionen Tonnen im Jahre betragen; dieser Ausfall könnte auch nicht durch Vermehrung der Belegschaften in absehbarer Zeit ausgeglichen werden, da hierzu alle Voraussetzungen (vermehrte Wohnungen, vervollkommnete technische Einrichtungen der Betriebe) fehlen. Eine solche Frage ist nach Meinung des Vorstandes der Zentral-Arbeitsgemeinschaft nur auf dem Wege internationaler Verhandlung der Lösung entgegenzuführen.

Nach alledem können wir zurzeit keiner Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau das Wort reden, sondern sind sogar verpflichtet, der Beschäftigung Ausdruck zu verleihen, daß, wenn nicht durch eine weitere Erhöhung der Kohlenförderung Möglichkeiten zu unschätzbaren Arbeiten der Industrie und Bergbau, der erforderlichen Ersatz- und Neuanlagen gegeben werden, die geradezu unerschütterlichen und aussergewöhnlichen Friedensbedingungen zum Ruin unserer gesamten Wirtschaft führen werden.

Adam Neumann.

Der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Adam Neumann, ist am 27. Januar 1920 in einem Hamburger Gasthause einem Herzschlag erlegen. Neumann wurde am 21. Januar 1863 in Rungen, Kreis Lahn (Rheinprovinz) geboren und erlernte das Tischlerhandwerk. Seit dem 1. Februar 1903 war er Angestellter des Holzarbeiterverbandes. Um seine Organisationsarbeit hat sich Neumann hervorragende Verdienste erworben. Als leitender Redner hat man seinen Worten überall im Reich gern gelauscht. Seine größte Stärke lag aber in der Leitung von Lohnbewegungen und in der Führung von Verhandlungen mit den Unternehmern. Seiner Fähigkeiten wegen wurde ihm, der vorher als Streikführer im Verbandsvorstand wirkte, im Sommer vorigen Jahres die Leitung des Verbandes übertragen, an Stelle von Theodor Leipart, der an die Spitze des württembergischen Arbeiterministeriums berufen worden war.

Neumann hat schon länger an einem Herzleiden laboriert. Im Dienste des Verbandes konnte er aber keine Schonung gegen sich. So unternahm er auch die Reise nach Hamburg, wo er wichtige Verhandlungen führen wollte, die im Zusammenhang mit der großen, jetzt schwelenden Tarifbewegung in der deutschen Holzindustrie stehen. Noch ehe diese Verhandlungen begonnen hatten, machte am 27. Januar ein Herzschlag dem arbeitsreichen Leben ein Ende. Wie wir hören, beabsichtigt der Deutsche Holzarbeiterverband, die Leiche seines Vorsitzenden nach Berlin zu überführen, um sie hier zu bestatten.

Es darf hierbei erwähnt werden, daß auch der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Karl Klotz, im Jahre 1908 auf einer Reise im Dienste des Verbandes in Hamburg vom Tode überrascht wurde.

Schiedspruch im Holzgewerbe.

Unter Vorsitz des Referenten im Reichsarbeitsministerium, Herrn Erler, hat der von den beiden Parteien zur Regelung ihrer Lohnverhältnisse angerufene Schlichtungsausschuß nach mehrtägigen schwierigen Verhandlungen folgenden Schiedsspruch gefällt:

- Die Lohnverhältnisse sollen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre vom 1. Januar 1920 auf alle bestehenden 22 Jahre betragen in der Tarifklasse I und II: 1 Mf., III und IV: 90 Pf., V und VI: 80 Pf. pro Stunde. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 20 bis 22 Jahren sollen die Lohnverhältnisse um 10 Pf., für solche von 18 bis 20 Jahren um 20 Pf. und für solche von 16 bis 18 Jahren um 30 Pf. pro Stunde niedriger sein.
- Der Durchschnittslohn für Facharbeiter über 22 Jahre in der Tarifklasse I wird auf 4,20 Mf. pro Stunde festgesetzt.
- Die Durchschnitts- und Mindestlöhne für die Tarifklassen II-VI ergeben sich nach den unter 5 genannten Bestimmungen.
- Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 20 bis 22 Jahren sollen die vertraglichen Durchschnitts- und Mindestlöhne um 20 Pf., für solche von 18 bis 20 Jahren um 40 Pf. und für solche von 16 bis 18 Jahren um 60 Pf. pro Stunde niedriger sein.
- Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren sollen in der Regel nur die vertraglichen Mindestlöhne in Betracht kommen.
- Für die Festsetzung der vertraglichen Durchschnitts- und Mindestlöhne soll die Abfindung 100, 94, 88, 82, 76, 70 Prozent betragen. Die Vertragslöhne der Hilfsarbeiter sollen 85 Prozent, die der Nacharbeitenden 70 Proz. und die der Hilfsarbeiterinnen 55 Proz. der Vertragslöhne der Facharbeiter betragen. Die vertraglichen Mindestlöhne sollen 10 Prozent niedriger sein als die Durchschnittslohn.
- In den unter Ziffer 2 genannten Durchschnittslöhnen und unter Ziffer 3 bezeichneten Mindestlöhnen sind die unter Ziffer 1 genannten Lohnverhältnisse enthalten.
- Arbeitsverhältnisse auf die Aufträge, die nach dem 1. 12. 19 erteilt werden, sollen insoweit sein, als mit diesen Aufträgen die Durchschnittslohnsätze erreicht werden, jedoch mit der Maßgabe, daß die

jenigen Personen, die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen keine Zulagen bekommen würden, demnach unter allen Umständen eine Lohnverteilung von 1 Mf. den Tag erhalten.

§ 81 des Reichsarbeitsgesetzes wird anstatt 15. Februar 1920 gefaßt 1. April 1920.

Die beiden Parteien haben sich bis zum 3. Februar 1920 dem Reichsarbeitsministerium gegenüber zu äußern, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder ablehnen. Die Arbeitgeber werden zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen, die Arbeitnehmer auf ihrer demnachst stattfindenden Reichskonferenz. Bei beiden Parteien kam der Wille zum Ausdruck, eine Verständigung herbeizuführen. Wird der Schiedsspruch angenommen, so darf damit gerechnet werden, daß der seit fast einem Jahr ununterbrochenen Kampfes gefährdete Frieden im deutschen Holzgewerbe erstarkt und der Weg zum endgültigen Abschluß des Reichsarbeitsvertrages gefunden sein wird.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Sind die selbst!

Kein Zweifel, in Deutschland stehen wir am Beginn einer neuen Wirtschaftperiode, sofern gewisse Voraussetzungen ausreichende Beachtung finden. Vorbereitet ist diese neue Wirtschaftperiode in der langjährigen Arbeit zur Organisierung der Massen derer, die da mehr oder weniger von der Teilnahme an allem Guten und Schönen ausgeschlossen waren. Die wirtschaftlichen Zustände während der Krieges- und Nachkriegszeit (sowie dann aller Welt die Notwendigkeit der Abkehr von einer Wirtschaftsweise ins Gesicht, bei der der einzelne wohl zu Reichtum gelangen konnte, die Masse des Volkes aber darbt). Noch wissen wir ja nicht, ob die Gegenwartswirtschaft Uebergangszustand zu besseren Verhältnissen ist, ob wir nicht im allgemeinen Durchstehen zugrunde gehen. Wollen wir aus diesem Elend zu einem ausdauernden, hochlebenswertem Dasein gelangen, so heißt das jene Kräfte benutzen, die im Volke schlummern, die sich seit alter Zeit als Widerpruch gegen wirtschaftlichen Unrecht bemerkbar machten.

Die neue Wirtschaft, die da werden will, wird eine Genossenschaftswirtschaft sein, gerichtet auf die immer mögliche Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen. Schon im Begriffe Genossenschaft ist eingeschlossen die Verpflichtung des einzelnen, in der Selbstführung des Gemeinwohlens sein persönliches Wohl zu sichern. Also beginnt die neue Wirtschaftperiode, die vom starken Fester der Gemeinnützigkeit getragen werden soll, mit der Arbeit des einzelnen Menschen an dieser Gemeinnützigkeit. Das alles ist schon oft gesagt worden, es hat aber noch lange nicht allgemein dahin geführt, die unausweichbaren Verpflichtungen des einzelnen so erkennen zu lassen, daß die Tat ersicht, wo doch das Wort, die Klage über wirtschaftliches Elend eine Befreiung nicht herbeiführt. Es ist ja auch bequemer, von anderen, vom Staat, seinen Nachbarn, etwas zu fordern, was selbst zu leisten jeder einzelne vermögt ist.

Staat und Gesetzgebung können einer Wirtschaftsweise sicher die Wege ebnen. Den Inhalt aber empfangt diese Wirtschaftsweise immer nur von der Arbeit einzelner Menschen und durch die Arbeit von Menschengruppen, gerichtet auf ein gemeinschaftliches Ziel. Das bedeutet, daß Selbsthilfe in einem Umfang erstehen muß, ausreichend, die neue Wirtschaftsweise zu tragen. Warum aber nur das kausale Tempo im Aufbau der Selbsthilfe? Warum die Träger der Wirtschaftsweise nicht sich ihnen die Möglichkeit zur Selbsthilfe bieten? Was soll das Nennen über Ausbeutung, wenn du die Hände in den Schoß legst, nicht selbst handelst, diesen Zustand gründlich und endgültig zu befechtigen? Wäre doch nicht, daß du Entschloßener auf jene Hilfe etwas reichlich bedürftig herzugehen darfst, weil dir diese Hilfe nicht in drei Tagen werden kann. Die kurzzeitige Einschätzung der genossenschaftlichen Selbsthilfe ist nicht mehr am Platze. Die Genossenschaftsarbeit der Verbraucher ist eine Wirtschaft und ihr hat jeder zu dienen, bequemer leben will und der Wunsch, daß ein ganzes Volk nicht zugrunde geht.

Der größte deutsche Konsumverein.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, Hamburg, hat sich auch im verflochtenen Jahr an erster Stelle in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung gehalten. Der Lebenslohn seiner Tochtergesellschaft (Handelsgesellschaft „Produktion“) liegt von 32 040 116,66 Mf. auf 69 832 292,78 Mf., also um 57 788 176,12 Mf. oder: nämlich 180 Prozent. Hieran entfielen auf die 114 Kolonialwarenhandlungskassen 55 904 858,65 Mf., auf die 35 Schlachtereien 13 206 188,27 Mf., auf die 63 Brotfabriken 6 233 733,97 Mf., auf die 13 Gemüsehäuser 2 076 951,30 Mf., auf die 10 Zertifikaten, die nur während einiger Wochen in Betrieb waren, 1 330 925,37 Mf., auf das Mitte Dezember eröffnete Kaufhaus 910 169,40 Mf., auf die Kassenlager 609 029,23 Mf., auf die 3 Spezialläden 6 310 416,59 Mf., davon auf den Weinladen 4 337 377,83 Mf. und auf den Möbelladen 1 972 038,76 Mf. Mit dem Umfange des Hauptlagers und den Engroskäufen der Zentrale und der Produktivbetriebe wird sich der Gesamtumsatz auf rund 122 Mf. Markt belaufen. Der Sparabschluß lag auf über 25 Mf. Markt angewachsen; zur besseren Abwicklung des Verkehrs ist in dem im Stadteil Eimsbüttel gelegenen Kaufhause seit einigen Tagen eine Zweigstelle errichtet. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 115 000. Das Wirtschaftsgebiet Hamburg nähert sich dem Zustande, in dem es, soweit sein Verbrauch in Frage kommt, genossenschaftlich umfaßt ist. Die Erträge des letzten Jahres werden unzweifelhaft alle Beteiligten zu neuer Arbeit anspornen.

Konsumgenossenschaftliche Bestrebungen in Nordamerika.

Die Verteuerung der Lebenshaltung ist eine internationale Erscheinung. Wucher und Geldentwertung führen auch beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu der gleichen Erscheinung der Lebenshaltung wie bei uns. Das auch dort der Gedanke aufsteht, durch das Mittel des Streiks die Löhne zu erhöhen, nimmt nicht wunder. Dieser Gedanke wurde aber von den Genossenschaften abgelehnt, da Lohnerrhöhungen nur dazu geeignet sind, die Verteuerung zu vergrößern. Genau wie bei uns. Statt dessen will man, wie die „Frankfurter Jg.“ berichtet, zur Selbsthilfe schreiten. Die Organisationen der Eigenbauer sollen in direkte Verbindung mit den Organisationen der Landwirte treten. Zu diesem Zwecke soll eine „All American Farmer and Labour Cooperative Commission“ gegründet werden, die auf dem Grundsatze des Zusammenschlusses der Landwirte als Produzenten und der Arbeiter als organisierter Konsumenten und der Ausföhrung des gewinnbringenden Zwischenhandels beruhen und eine einheitliche Organisation für das ganze Land sein soll. Dieser Beschluß (zunächst) der Eigenbauernvereinigungen war kaum veröffentlicht worden, als bekannt wurde, daß der amerikanische Genossenschaftsbund, also die gesamte organisierte Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten, bei der Sache mitzumache. Am 12. Februar wird in Chicago eine Konferenz abgehalten werden, auf der die Einzelheiten des Planes festgelegt werden sollen. — Auf die weitere Entwicklung darf man gespannt sein.

Internationale Rundschau.

Der Internationale Genossenschaftsbund.

In Amsterdam hat am 1. August 1919 folgenden Antrag Appleton-Jouhaux-Eassenbach einstimmig angenommen:

Die Regierungen werden ersucht, ihren Genossenschaften in den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern Sozialstaatliches beizugeben, die durch die Genossenschaften vorzuschlagen sind.

Die deutsche Regierung, der vom Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsbund der Beschluß unterbreitet wurde, hat folgenden Bescheid erteilt:

Berlin, den 31. Dezember 1919.

Auf die gefl. Zuschrift vom 15. d. M. erwidere ich ergebend, daß das Auswärtige Amt der Frage der Entsendung von Sozialstaatlichen an die Auslandsvertretungen lebhaftes Interesse entgegenbringt. Wie bekannt, hatte die Regierung die Anregung bereits aufgegeben und Herr Saffersbach der Deutschen Kommission für Italien, der ersten in das bisher feindliche Ausland entsandten deutschen Vertretungsbüro, als Sachverständiger beigegeben. Feindliche Kommissarien sind auch bei anderen Auslandsbüros in Aussicht genommen. Es wird von der Höhe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und von den besonderen Verhältnissen abhängen, in welchem Umfange und zu welchen Plätzen sich die Entsendung durchführen läßt. Auch wird die feindliche Behandlung zu vermeiden, vielmehr in der Art und Weise der Stellung auf die Verhältnisse des Landes und Ortes Rücksicht zu nehmen sein. Für die Befragung der Völler werden, der Aufgabe der Sozialstaatlichen entsprechend, vor allem solche Persönlichkeiten in Frage kommen, die, wie dies auch bei Herrn Sassenbach der Fall war, über gute Beziehungen zu den ausländischen Genossenschaften verfügen und die Sprache des Landes sprechen, nach dem sie entsandt werden sollen. Wegen Auswärtigen geeigneten Persönlichkeiten bin ich dem Auswärtigen Amt dankbar.

